

Antrag A11

Antragssteller*innen: LAG Bildung, LAG Kindheit und Jugend – gegen Kinderarmut

Der Landesparteitag möge beschließen:

**1 Proteste der Jugend ernst nehmen - Bildungs- und Jugendangebote finanziell
2 absichern**

3
4 Die Bildungskrise spitzt sich seit Jahren immer weiter zu. Im Bildungskapitel unseres
5 Wahlprogramms heißt es: "So wie Schule ist, kann sie nicht bleiben." In Frankreich
6 gehen seit Wochen hunderttausende junge Menschen auf die Straßen, um gegen die
7 Vernachlässigung und den Sparzwang im dortigen Bildungssystem und den
8 Lehrkräftemangel zu protestieren. Die gleichen Probleme sehen wir seit Jahren auch in
9 unserer Gesellschaft. Auch hier rufen junge Menschen zu bundesweiten Protesten für
10 mehr Investitionen in Bildung statt Milliarden für Aufrüstung und gegen die Wehrpflicht
11 auf.

12 Auch wenn es für eine nachhaltige Lösung dieser Probleme die Bundesebene braucht,
13 muss Die Linke in Berlin, insbesondere für den Fall, dass sie Regierungsverantwortung
14 übernimmt, das klare Signal senden: Wir nehmen die Forderungen ernst und setzen
15 alles daran, auch in der aktuell schwierigen Haushaltslage in Bildung und Jugend zu
16 investieren!

17 Für mögliche Koalitionsverhandlungen bekennt sich Die Linke Berlin zu dem
18 grundsätzlichen hohen Stellenwert von Bildung sowie der Kinder- und Jugendhilfe für
19 unsere Stadt. Das muss sich auch in den Ergebnissen möglicher
20 Koalitionsverhandlungen und der Finanzierung bestehender und zusätzlicher Angebote
21 niederschlagen.

22 Wichtig für die finale Bewertung eines möglichen Koalitionsvertrag ist, ob er für
23 Bereiche, die zentral sind für das Aufwachsen und die Bildung junger Menschen klare
24 und finanzierte Vereinbarungen enthält: die Verbesserung des Personalschlüssels in
25 Kitas, mehr Gemeinschaftsschulen, weitere psychosoziale Angebote für Schüler*innen
26 und zusätzliche Unterstützung für Schulen in schwieriger Lage, eine wirksame
27 Entlastung des pädagogischen Personals in Schulen durch Verwaltungskräfte und IT-
28 Mitarbeiter sowie die Verbesserung der Arbeitsfähigkeit der Jugendämter und die
29 Einrichtung bezirklicher Jugendbudgets.

30 Zudem wird Die Linke Berlin sich in den Verhandlungen klar dafür einsetzen, dass
31 bezirkliche Angebote aus den Bereich Bildung, Jugend und Familie, die aktuell massiv
32 finanziell bedroht sind – wie z.B. Familienzentren und Schulstationen – verlässlich
33 abgesichert und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

34 Neue Vorhaben im Bildungsbereich können nicht ausschließlich durch Umschichtungen
35 innerhalb des Bildungs-, Jugend- und Familienhaushalts finanziert werden. Um mehr
36 finanziellen Spielraum zur Verfügung zu haben, wollen wir die bisherigen Planungen für
37 die Belegung des Infrastruktur-Sondervermögens einer kritischen Prüfung unterziehen

38 und darin einen verbindlichen, bedarfsgerechten Schwerpunkt für Kitas, Schulen und
39 Jugendeinrichtungen setzen.

40

41

42 Begründung: Die Linke Berlin kritisiert seit Jahren Bildungsungleichheit sowie Mängel
43 im Bildungssystem und hat immer wieder konkrete Vorschläge z.B. für mehr
44 Gemeinschaftsschulen oder eine Ausbildungsinitiative für Lehrkräfte und eine
45 Priorisierung von Kindern, Jugendlichen und Familien gemacht. Die aktuellen und
46 angekündigten Proteste machen deutlich, welcher hoher Änderungsbedarf im
47 Bildungsbereich besteht.

48 Viele Berliner*innen verbinden mit einer möglichen links-geführten Regierung die
49 Hoffnung, aber auch die Erwartungen auf konkrete Verbesserungen. Die aktuelle
50 Haushaltssituation macht die Erfüllung dieser Erwartungen nicht einfach. Klar muss
51 allerdings sein, dass eine links-geführte Regierung in Bildung und Jugend investieren
52 und alles daran setzen muss, Kürzungen in diesem Bereich auf Landesebene und in
53 den Bezirken zu verhindern.